

28.09.2011 Aktuelle Debatte:

Gute Arbeit in Baden-Württemberg durch Tariftreue, Mindestlöhne und Ausbildung für jeden Schulabgänger

Anrede

Die von der SPD-Fraktion beantragte aktuelle Debatte lenkt unseren Blick darauf, dass das Thema „Gute Arbeit“ nicht an den Werkstufen der Unternehmen und Betriebe im Land endet. Arbeitsmarktpolitik ist auch nicht nur Aufgabe des Bundes und der Agentur für Arbeit.

Nein – für Gute Arbeit zu sorgen, ist auch Aufgabe der Landespolitik. Die SPD-Fraktion stellt sich dieser Verpflichtung und macht das Jahr 2012 zum Jahr der Guten Arbeit in Baden-Württemberg. Da setzen wir einen Schwerpunkt unserer Fraktionsarbeit.

Die alte Landesregierung hat die Arbeitsmarktpolitik sträflich vernachlässigt.

Meine Damen und Herren – es reicht nicht aus, sich in der hohen Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen zu sonnen.

Die Opposition wird uns in der Debatte voraussichtlich gleich gebetsmühlenartig entfalten, dass wir mit einer Erwerbstätigenquote von über 74%, einer Arbeitslosenquote von nur 4,1%, der Jugendarbeitslosigkeit von nur 3,8% vergleichsweise sehr gut dastehen.

Das stellen wir nicht in Abrede. Wir wissen um die Leistungsfähigkeit unserer Unternehmen und Betriebe.

Wir wissen aber auch und verschließen davor nicht die Augen, dass sich die Langzeitarbeitslosigkeit trotz guter Konjunktur verfestigt:

- über 70.000 Menschen im Land sind länger als ein Jahr arbeitslos
- 27.000 länger als zwei Jahre
- ein Großteil ohne Berufsausbildung und mit gesundheitlichen Einschränkungen
- 60% der Arbeitslosen sind in der Grundsicherung; auch dieser Anteil verfestigt sich.

Wir verschließen nicht die Augen davor,

- dass über 25.000 der Unter 25-Jährigen keine Arbeit haben,

- dass im letzten Schuljahr an die 12.000 im schulischen Berufsvorbereitungsjahr und im Berufseinstiegsjahr waren,
- dass ca. 7.000 Jugendliche in den Berufsvorbereitenden Maßnahmen der Arbeitsverwaltung qualifiziert werden,
- dass 40% eines Hauptschulabgangsjahrgangs nicht direkt in eine Berufsausbildung münden und fast 20% überhaupt nie eine Ausbildung machen werden.

Alles junge Menschen, die eine bessere Perspektive verdient haben, junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz und eine berufliche Zukunft brauchen.

Grund genug für uns Sozialdemokraten, dem Thema „Arbeit“ deutlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken, als dies die alte Landesregierung in den letzten 10 Jahren getan hat.

Wir wollen, dass die Menschen im Land, die arbeiten gehen auch Gute und Sichere Arbeit haben.

Deshalb werden wir mit einem Tariftreuegesetz Unternehmen und Beschäftigte schützen. Damit stärken wir die Wettbewerbschancen der Unternehmen, die anständige Tariflöhne bezahlen. Wir bekämpfen damit Niedriglöhne und Einnahmeausfälle in der Sozialversicherung. Die Zeit für ein Tariftreuegesetz ist überfällig – die neuen Mehrheitsverhältnisse in diesem Saal machen es endlich möglich.

Wir wollen, dass die vielen Menschen, die in prekären Arbeitsverhältnissen verhaftet sind, eine bessere und menschenwürdigere Arbeit bekommen. Deshalb wollen wir die Leiharbeit zurückdrängen und auf die Situationen begrenzen, wofür dieses Instrument ursprünglich gedacht war: um Auftragsspitzen abzufangen.

Es darf nicht sein, dass mit Leiharbeit Lohndumping betrieben wird.

Stellen sie sich vor: 45.000 Menschen haben in Baden-Württemberg eine sozialversicherungspflichtige Arbeit und sind ergänzend auf ALG II angewiesen. Das belastet die Sozialkassen und ist unwürdig für fleißig arbeitende Frauen und Männer.

Deshalb setzen wir uns ein für den gesetzlichen Mindestlohn. Bei diesem Thema haben wir ja eine erste Verbündete in der CDU in Berlin.

Wir sind gespannt, wie lange Sie hier im Land brauchen, bis sie die Notwendigkeit des Mindestlohns begreifen und in ihrer Partei dieses Thema „denkreif“ machen. Oder wollen sie sich auch hier – wie in der Bildungspolitik – in die Selbstisolation manövrieren?

Meine Damen und Herren,

beim Thema „Gute Arbeit“ ist für uns richtig wichtig, dass wir den Menschen, die trotz guter Arbeitsmarktlage keine Arbeit haben, deutlich bessere Integrationschancen verschaffen wollen.

Wir wollen jedem Schulabgänger eine Ausbildung ermöglichen. Im Bündnis für Ausbildung setzen wir uns bei der Wirtschaft dafür ein, dass ausreichend Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, um den Bedarf an Fachkräften zu sichern.

Für die Jugendlichen, die aus welchen Gründen auch immer, nicht in eine reguläre betriebliche Ausbildung münden, müssen wir verstärkt geförderte und begleitete Ausbildung anbieten.

Da gibt es bereits erprobte und erfolgreiche Modelle der assistierten Ausbildung

- für Bildungsschwache mit besonderen Förderangeboten
- für Zugewanderte mit Sprachförderung und Elternarbeit
- für junge Mütter in Teilzeit zur Vereinbarkeit von Familie und Ausbildung.

Diese Modelle gilt es in die Fläche zu bringen. Jeder Euro, den wir in die Ausbildung junger Menschen investieren, erspart uns in der Folge hohe Sozialausgaben.

Nicht zuletzt meine Damen und Herren, gilt es die Integration von Langzeitarbeitslosen und arbeitsmarktfernen Personengruppen deutlich zu verbessern.

Das ist die Zielgruppe, die die Bundesregierung in ihrer Arbeitsmarktpolitik völlig abgeschrieben hat. Letzten Freitag hat der Bundestag mit den Stimmen von schwarz-gelb gegen heftigen Widerstand der SPD und zahlreicher Arbeitsmarktpartner das „Gesetz zur Verbesserung der Eingliederungschancen am Arbeitsmarkt“ verabschiedet.

Schon der Titel des Gesetzes ist ein Hohn.

Diese so genannte Instrumentenreform überwindet nicht die Spaltung am Arbeitsmarkt, sondern gießt lediglich das Spardiktat des Bundesfinanzministers in Gesetzesform.

Arbeitsmarktferne Menschen werden weiter ausgegrenzt und zahlreiche soziale Beschäftigungsbetriebe sind in ihrer Existenz gefährdet.

Deshalb machen wir uns stark dafür, dass trotz der massiven Kürzungen im Bund – 3,1 Mrd. Euro werden in Baden-Württemberg bis 2015 fehlen - die restlichen Mittel für die Arbeitsmarktintegration zielgerichtet eingesetzt werden.

Wichtig ist uns, die öffentlich geförderte Beschäftigung zu entwickeln und endlich einen sozialen Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg zu realisieren.

Logisch wäre es doch, dass die Finanzmittel, die bislang als passive Leistungen in die Grundsicherung und die Erstattung der Kosten der Unterkunft fließen, aktiviert werden und als Zuschuss für sozialversicherungspflichtige Arbeit in einen sozialen Arbeitsmarkt fließen.

Dazu brauchen wir die Arbeitsverwaltung als Partner. Deshalb ist vor allem der Bundesgesetzgeber gefragt.

Bis hier Bewegung ins Spiel kommt, könnte ja Baden-Württemberg als Modellstandort entwickelt werden, wo die Regionaldirektion gemeinsam mit der Landesregierung diesen Passiv-Aktiv-Transfer erprobt.

Es ist allemal besser Arbeit statt Arbeitslosigkeit mit öffentlichen Mitteln zu fördern.

Um die genannten Vorhaben und weitere arbeitsmarktpolitische Notwendigkeiten voranzubringen, haben wir uns mit den Grünen im Koalitionsvertrag auf ein Landes-Arbeitsmarktprogramm verständigt.

Das Land hatte bisher kaum eigene Gestaltungsmöglichkeiten in der Arbeitsmarktpolitik – der bisherigen Landesregierung war dies auch nicht wichtig!

Wir wollen – wie andere Bundesländer auch – mit eigenen Mitteln landesspezifische Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration auf den Weg bringen.

Unser Ziel: Gute Arbeit in Baden-Württemberg für alle,

- für die qualifizierten und leistungsfähigen
- aber auch für beeinträchtigte und benachteiligte Menschen.

Bei der Zukunftsaufgabe der dringend erforderlichen Fachkräftesicherung und -entwicklung und einer gelingenden Arbeitsmarktintegration treffen sich beim Thema der „Guten Arbeit“ die Wirtschafts- und Sozialpolitik – zwei Seiten einer Medaille, der wir zu deutlich mehr Glanz verhelfen wollen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.